

Landeshauptstadt Dresden  
Die Oberbürgermeisterin



## **N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 83. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau (Sondersitzung)  
(SB/083/2014)**

**am Montag, 2. Juni 2014,**

**16:30 Uhr**

**im Haus An der Kreuzkirche 6, Rudolf-Mauersberger-Saal,  
An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden**

**Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft**

**Beginn der Sitzung:**

16:30 Uhr

**Ende der Sitzung:**

19:30 Uhr

**Anwesend:**

Stellvertretender Vorsitzender

Jörn Marx

CDU-Fraktion

Dr. Hans-Joachim Brauns

Lothar Klein

Klaus Rentsch

Gunter Thiele

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Margit Haase

Thomas Löser

SPD-Fraktion

Axel Bergmann

FDP-Fraktion

Matteo Böhme

Stellvertretende Mitglieder

Anita Köhler

Vertretung für Herrn Franz-Josef Fischer

**Abwesend:**

Fraktion Bündnis Freie Bürger

Franz-Josef Fischer

**Verwaltung:**

Herr Dr. Korndörfer

GB 7 Amt 86

Herr Herm

GB 6 Amt 61

Frau Jähnig

GB 7

Frau Maiwald

GB 6

Frau Marbach

OA Cotta

Herr Behr

OV Schönfeld-Weißig

Herr Hermann

GB 6 Amt 61

Frau Jacobsen

GB 7 Amt 86

Frau Gothe

GB 7 Amt 86

Herr Holzapfel

GB 7

Frau Kuklinski

GB 7 Amt 67

Frau Oser

GB 6

**Gäste:**

Herr Andres  
Frau Giese  
Frau Möschk  
Frau Zehetmaier  
Herr Pidt  
Frau Osiander  
Frau Schmidt  
Herr Richter  
Herr Kraus

Bürger  
Bürgerin  
Bürgerin  
Bürgerin  
Bürger  
Hufewiesen Trachau e. V.  
Bürgerin  
Bürger  
Bürger

**Schriftführerin:**

Frau Voigt

Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten

# T A G E S O R D N U N G

## Öffentlich

- 1 Entwurf zum Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Dresden in den Stadtgrenzen vom 1. Januar 1999  
hier:
1. Billigung der Abwägung über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung
  2. Billigung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes
  3. Billigung der Begründung mit Umweltbericht zum Entwurf des Flächennutzungsplanes
  4. Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes

**V1829/12  
beschließend**

## Nicht öffentlich

- 2 Entwurf Landschaftsplan Dresden in der Fassung vom April 2013

**V1286/11  
beratend  
(federführend)**

## öffentlich

**Herr Bürgermeister Hilbert** eröffnet die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Stadtentwicklung und Bau und Umwelt und Kommunalwirtschaft. Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

**Herr Bürgermeister Hilbert** schlägt vor, die Vorlagen V1286/11 „Entwurf Landschaftsplan Dresden in der Fassung vom April 2013“ und V1829/12 „Entwurf zum Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Dresden in den Stadtgrenzen vom 1. Januar 1999“ gemeinsam zu behandeln. Er fügt an, dass die Themen öffentlich behandelt und die beratenden Beschlüsse nicht öffentlich abgestimmt werden.

**Herr Dr. Böhme-Korn** weist daraufhin, dass der Vorschlag nicht konform zur Geschäftsordnung wäre. Er befürchtet, dass es zur Anfechtung eines Beschlusses führe, wenn man nicht öffentlich zu beratende Themen öffentlich behandelt.

**Herr Bürgermeister Hilbert** antwortet, dass dies nicht praktikabel sei. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau habe die gleichen Themen nur die Gremienreihenfolge ergebe die umgekehrte Form der Behandlung. Bei TOP 1 wäre der Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft beschließend, demzufolge öffentlich. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau beratend. Wenn sich Punkte ergeben, wobei die Nichtöffentlichkeit erforderlich wäre, stelle man sie her.

- |   |  |  |
|---|--|--|
| 1 | <p><b>Entwurf zum Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Dresden in den Stadtgrenzen vom 1. Januar 1999</b><br/>hier:<br/> <b>1. Billigung der Abwägung über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung</b><br/> <b>2. Billigung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes</b><br/> <b>3. Billigung der Begründung mit Umweltbericht zum Entwurf des Flächennutzungsplanes</b><br/> <b>4. Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Flächennutzungsplanes</b></p> | <p><b>V1829/12</b><br/><b>beschließend</b></p> |
|---|--|--|

**Frau Stadträtin Haase** erklärt, dass man den Flächennutzungsplan im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau noch gar nicht diskutiert habe. Die Sondersitzung habe man beantragt, um den Plan Punkt für Punkt durchzugehen. Sie möchte die Flächen besprechen, bei denen der Landschaftsplan vom Flächennutzungsplan abweiche.

**Herr Dr. Korndörfer** ergänzt, dass der Landschaftsplan die Realnutzung abbilde, der Flächennutzungsplan die städtebauliche Entwicklung. Daraus ergeben sich viele Abweichungen.

**Herr Stadtrat Dr. Brauns** schlägt vor, dass man nur die Flächen behandle, bei denen das Umweltamt Einwände gegen die vorgesehene Nutzung habe.

**Frau Stadträtin Haase** möchte, dass man die Flächen, für die Steckbriefe erarbeitet wurden, vorstelle. Sie fragt, ob man den Landschaftsplan anpasse oder ob die Pläne nebeneinander bestehen bleiben.

**Herr Dr. Korndörfer** erläutert, dass der Landschaftsplan die Realnutzung darstelle. Der Flächennutzungsplan erarbeite Ziele für die bauliche Entwicklung der Stadt Dresden. Innerhalb der Verwaltung habe man die Pläne miteinander abgestimmt. Es bestünde eine gesetzliche Pflicht für die Verwaltung eine Umweltprüfung durchzuführen. Bei dieser Prüfung werden Konflikte benannt, welche sich mit der Umwandlung der Realnutzung in die angedachte, bauliche Nutzung ergeben. Bei der Entwicklung der Flächen habe man diese

Konflikte zu bewältigen. Dies erfolge zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt der verbindlichen Bauleitplanung, und wäre nicht Teil des Flächennutzungsplanes. Es gebe eine Reihe von Verbotszuständen, zum Beispiel das Ausweisen von Bauflächen in Überschwemmungsgebieten. Dies wäre jedoch nicht der Gegenstand der Diskussion. Mit Hilfe der Steckbriefe habe man bestehende Konflikte aufgezeigt, die man bewältigen müsse. Die beiden Pläne stehen nebeneinander. Aus dem Landschaftsplan wäre der Flächennutzungsplan weitestgehend entwickelt worden. Man habe den Zuwachs der Bevölkerung bedacht und entsprechend mehr Bauflächen ausgewiesen. Nun gebe es eine zweite Liste mit Flächen, welche nachträglich vorgeschlagen worden. Bei den Grundstücken wäre die Konfliktbewältigung schwieriger bis unmöglich. Es habe bis jetzt keine abschließende Untersuchung stattgefunden.

**Herr Stadtrat Bergmann** bittet um die Vorstellung der nachgereichten Flächen.

**Herr Dr. Brauns** äußert, dass es ja nur zwei strittige Flächen (Weixdorf, Schönfeld-Weißig) gebe. Diese sollte man besprechen.

**Frau Stadträtin Schubert** weist auf den Änderungsantrag ihrer Fraktion hin. Sie schlägt vor, diesen durchzugehen und einzeln abzustimmen.

**Herr Dr. Böhme-Korn** bringt den Änderungsantrag ein, den Vorschlag der Verwaltung anzunehmen. Er bemerkt, dass die Maßstäbe der Pläne unterschiedlich seien. Dies erschwere die Vergleichbarkeit.

**Herr Stadtrat Klein** führt aus, dass es eine strittige Fläche in Weixdorf gebe, die Seifenbachau. Ein Teil dieser Fläche ist gemäß des Eingemeindungsvertrags als B-Plangebiet vorgesehen. Die Bebauung wäre sehr problematisch. Man könne diese Fläche, im Sinne einer weiteren angemessenen Entwicklung im Osten Weixdorfs, aufgeben. Möglich wäre eine Erweiterung des B-Plangebiets Radeberg Nord. Er erkundigt sich, welche Lösung die Verwaltung für dieses Problem sehe.

**Herr Dr. Korndörfer** erklärt, dass man die Datengrundlage vom Land übernommen habe, sodass der Maßstab nicht geändert werden könne. Die Dichte der Maßnahmen im Landschaftsplan wäre zu groß, es entstünde eine schlechte Auflösung. Er sieht das Problem bei den Blattsnitten, diese seien zu unterschiedlich. Dies sei eine Frage der Skalierung, was leicht zu ändern wäre. Doch den Maßstab zu ändern, bedeute ein Eingriff in die Grundkarten, was ein technisches Problem darstellt.

**Herr Stadtrat Bergmann** bittet um Vorstellung der Flächen aus dem Schreiben „Vorlage V1286/11 Entwurf Landschaftsplan in der Fassung vom April 2013, Ergänzung Beschlussvorschlag“ vom 9. April 2014 (siehe Anlage Nr. 1). Die Änderung des Flächennutzungsplanes bedürfe einer Besprechung zu einzelnen Punkten.

**Frau Gothe** erläutert das Schreiben „Vorlage V1286/11 Entwurf Landschaftsplan in der Fassung vom April 2013, Ergänzung Beschlussvorschlag“ anhand einer Präsentation.

**Herr Stadtrat Dr. Daniels** möchte eine Auskunft über die Entscheidung zum Ikarusweg (siehe Schreiben vom 09. April 2014).

**Herr Dr. Korndörfer** gibt an, dass es im Rahmen des Planungshorizontes von 15 Jahren nicht möglich wäre, diese Flächen zu erwerben. Der Plan soll realistisch bleiben.

**Frau Stadträtin Haase** bittet um Erläuterungen zu den Flächen Rockau an der Kuksche Nordost zum aktuellen Stand und zur Veränderung Postplatz/Marienstraße.

**Frau Gothe** lässt wissen, dass es Besprechungen mit der Landesdirektion gegeben habe und, dass das Gebiet in Rockau als Innenbereich gelte und eine bestehende Baufläche wäre.

**Herr Stadtrat Löser** fragt, ob Herr Behr, Ortsvorsteher von Schönfeld-Weißig, inzwischen eine Ausgleichsvariante für einen Standort vorschlagen könne.

**Herr Herm** erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage Nr. 2) die Situation am Postplatz.

**Herr Behr** äußert, dass Flächen, welche bebaubar wären, sich im Landschaftsschutzgebiet befinden. Bei der Neugestaltung der Grenzen des Landschaftsschutzgebietes sollen diese Beachtung finden.

**Herr Dr. Korndörfer** antwortet, dass mit dieser Aktualisierung die bebauten Flächen aus dem Landschaftsschutzgebiet entfernt würden. Für die Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes müsse man ein Verfahren durchlaufen. Jede Reidentifizierung würde das Verfahren angreifbar bzw. rechtswidrig erscheinen lassen.

**Herr Stadtrat Dr. Brauns** betont, dass es der Wunsch der Ortschaft Schönfeld-Weißig sei, eine Bebauungsplanung an den Stellen zu ermöglichen, die derzeit noch im Landschaftsschutzgebiet liegen.

**Herr Stadtrat Bergmann** fasst zusammen, dass eine differenzierte Bewertung der Verwaltung zu den Anliegen aus der Ortschaft Schönfeld-Weißig vorliege. Abgelehnt worden wären die Wünsche zur Erweiterung innerhalb von Landschaftsschutzgebieten, was sachlogisch wäre.

**Herr Stadtrat Dr. Brauns** hält an seiner Forderung fest, man solle die Landschaftsschutzgebiete in die Überprüfung einbeziehen. Das Ergebnis sei abzuwarten.

**Herr Stadtrat Löser** beantragt, zu dem Antrag von Herrn Dr. Böhme-Korn die Beschlusspunkte 1 bis 3 einzeln abzustimmen und die weiteren Punkte en bloc.

**Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn** beantragt, die Karte des Entwicklungs- und Maßnahmenkonzeptes bei der Offenlage zusätzlich in einer Form vorzulegen, die eine unmittelbare Vergleichbarkeit mit dem Flächennutzungsplan ermögliche.

**Herr Herm** stellt die Bewertung der Verwaltung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. April 2014 anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage Nr. 3).

**Herr Stadtrat Naumann** versichert sich, dass die Kleingartenanlage (Heinrich-Greif-Straße) ein gesicherter Standort sei und man eine Bebauung ausschließen könne.

**Herr Herm** antwortet, dass eine Bebauung für den TU Campus vorgesehen wäre.

**Frau Dr. Kaufmann** erinnert, dass der Ortsbeirat Plauen sich eindeutig für den Erhalt der Grünflächen der Kleingärten ausgesprochen habe.

**Herr Bürgermeister Marx** ergänzt, dass Gespräche mit dem Kleingartenverband hinsichtlich Umlegung in den südlichen Bereich stattgefunden hätten.

**Herr Stadtrat Naumann** möchte wissen, ob die Untersuchung der Kaltluftschneise in diesem Gebiet bereits erfolgt wäre.

**Herr Dr. Korndörfer** verneint dies.

**Herr Bürgermeister Hilbert** fasst die vorliegenden Anträge zusammen:

- Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Brauns: In beiden Ausschüssen die jeweils nicht öffentlichen Voten herbeiführen.  
Der Antrag wird umgesetzt.
- Antrag von Herrn Stadtrat Löser: Die Punkte eins bis drei des ausgereichten Änderungsvorschlages zum Entwurf des Landschaftsplanes einzeln und die weiteren Punkte im Komplex abzustimmen.
- Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Böhme-Korn: Vergleichbarkeit der Pläne herzustellen.
- Antrag zum Flächennutzungsplan von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. April 2014.

**Frau Stadträtin Haase** beantragt, dass der Änderungsantrag zum Flächennutzungsplan der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. April 2014 punktweise abgestimmt wird. Sie beantragt zusätzlich, dass die Bergmannstraße zwischen Schandauer Straße und Schneebergstraße, die Wormser Straße, die Kötzschenbrodaer Straße, die Sternstraße nicht als Bestandteil des Hauptverkehrsstraßennetzes als Hauptstraßen in der Karte 9 dargestellt werden. Der Hinweis der Spenertstraße ist aus Karte 9 zu entfernen.

**Herr Bürgermeister Marx** regt an, das im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) zu integrieren.

**Herr Stadtrat Wirtz** unterstützt den Vorschlag von Frau Haase.

**Herr Szuggat** meint, dass man die Pläne nicht auseinander dividieren solle. Der VEP wäre in verkehrlichen Belangen das Führungsinstrument für die Darstellung und der Beiplan für den Flächennutzungsplan übernehme die Darstellung des VEP. Herr Dr. Mohaupt habe in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau ausführlich die Definitionen für die Straßen dargelegt.

**Herr Stadtrat Löser** beantragt eine Auszeit, welche gleich umgesetzt wird.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt, um die beratenden Voten einzuholen.

Nach den Voten wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

**Herr Stadtrat Dr. Brauns** beantragt die Vertagung des TOP 1 für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau und bittet um eine Sondersitzung zum Flächennutzungsplan.

**Herr Bürgermeister Marx** bringt den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung, welcher mit 11 Stimmen bestätigt wird.

Jörn Marx  
Vorsitzender

Marlene Voigt  
Schriftführerin

Joachim Stübner  
Stadtrat

Thomas Löser  
Stadtrat